

Seit neun Jahren gehören eine AgitProp-Aktion und eine anschließende Demonstration der Autonomen Antifa [M] am 2. Oktober zur politischen Tradition Göttingens. Grundgedanke dabei ist, dass nicht nur der „Tag der deutschen Einheit“ mit systemoppositioneller Kritik beachtet wird, sondern insbesondere die eigenen Inhalte der antifaschistischen Linken zum Ausdruck gebracht werden.

EURO, Dollar und Neue Mitte  
Ausbeutung und Unterdrückung



In diesem Jahr bildete wie immer ein AgitProp-Stück, diesmal in Form eines Puppentheaters, den Auftakt des antifaschistischen Aktionstages. In Gestalt von Euro, Dollar und anderem wurde dargestellt, was die Stunde geschlagen hat: Verschärfte Ausbeutung und Arbeitslosigkeit, Krieg zur „Reinwaschung“ der deutschen Geschichte, Polizeistaat und rassistische Ausgrenzung. Es ist also längst Zeit für ein Ende dieses Systems, und da die Abschaffung des Kapitalismus nicht einfach vom Himmel fällt, ist es höchste Zeit für eine revolutionäre Organisation, lautete die Botschaft am Ende des Stückes.

Zur anschließenden Demonstration fanden sich dann ca. 300 TeilnehmerInnen ein. Keine Massen, aber für eine Aktion ohne aktuellen äußeren Anlass im normalen Rahmen der heutigen Göttinger Verhältnisse. Überraschender war da schon das Verhalten der Polizei, das von Anfang von Provokationen geprägt war. Überraschend, weil sich die Polizei nach den Knüppeljahren '97 und '98 auf den letzten Demonstrationen eher zurückgehalten hatte. Aber da einige autonome AntifaschistInnen zuletzt diese Freiräume ausgenutzt hatten, wie z.B. mit einer Fahnenverbrennung auf einer Anti-Kriegs-Demonstration im Mai '99, mußte wohl mal bewiesen werden, dass der Herr im Hause Göttingen grün-weiß trägt. So kam es im gesamten Demonstrationsverlauf immer wieder zu kleineren Rangeleien mit dem Polizeipalier, kurz vor Schluss erfolgten sogar direkte Angriffe auf den Demonstrationszug, da offenbar einige der AntifaschistInnen festgenommen werden sollten. Trotz des eindeutigen Bedürfnisses Macht zu demonstrieren, hielt es die eigene Propagandaabteilung, die Polizei-

pressestelle, im Nachhinein für nötig, die Angriffe mit gewalttätigen DemonstrantInnen zu rechtfertigen. So wären angeblich sechs Polizisten verletzt worden, außerdem würde nun wegen Landfriedensbruch, Widerstand, Körperverletzung, Sachbeschädigung und Diebstahl ermittelt. Zwar wurde mit dieser Darstellung eine Berichterstattung über die eigentlichen Demo-

Inhalte in der Regionalpresse erfolgreich verhindert, ob die Stadtoberen aber wirklich ein Interesse daran hatten, bundesweit in den Sonntagszeitungen mit sechs verletzten Polizisten zu Erscheinung treten, dürfte fraglich sein. Im Hinblick auf den EXPO-Tourismus tut die Stadtverwaltung jedenfalls alles dafür, den Mythos „Göttingen = Autonomen-Stadt“ zu brechen. Aktuellstes Beispiel dafür ist das genau durchgeplante Vorgehen gegen links anlässlich des drohenden Nazi-Aufmarsches am 6. November '99.

Die Räume für die Göttinger Linke sind in den letzten drei Jahren immer enger geworden. Gerade deshalb ist Kontinuität in der politischen Präsenz unabdingbar, auch zu Terminen wie dem 2. Oktober. Mit Anti-Nazi-Aktionen und Reaktionen auf tagespolitische Geschehnisse ist es nicht getan, auch wenn am 2. Oktober kein Blumentopf für die Revolution zu gewinnen ist. Die Linke braucht ihre eigenen Tage und Daten zur Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der eigenen politischen Identität. Umdenken wäre angesagt im Hinblick auf die Form. Der 2. Oktober '99 hat in erster Linie nämlich nur denen etwas gebracht, die dabei waren: Eine gute AgitProp-Aktion bei der auch ein BürgerInnen stehen geblieben sind und auf der Demonstration das Gefühl, dass die Polizei eben doch nicht alles machen konnte, wo zu sie Lust hatte, und mindestens zwei Festnahmen verhindert werden konnten. Aber auch am 2. Oktober sollte die Messlatte höher liegen. Das heißt, die eigenen Inhalte und kulturellen Elemente müssen in der geneigten Öffentlichkeit wenigstens Thema sein, nach Möglichkeit Diskussionen provozieren. Wie dies in Zukunft gegen die Interessen von Polizei und Stadtverwaltung durchzusetzen ist, ist eine schwere, aber sicher nicht unlösbare Aufgabe.

*zusammen. auf allen ebenen. mit allen mitteln.*

Auch am 2.10. 99 wurde wieder unter Beweis gestellt: Die Polizei ist und bleibt ein zentrales Instrument bei der



## Hungerstreik in Callao

**Peru.** Nach der spektakulären Aktion der revolutionären Bewegung Tupac Amaru (MRTA) in der japanischen Botschaft in Lima und dem anschließenden Massaker durch das Militär, macht die Organisation erneut von sich Reden. Diesmal sind Gefangene der MRTA in einen unbefristeten Hungerstreik getreten. Auch heute wollen sie die unmenschlichen Haftbedingungen in den peruanischen Hochsicherheitsgefängnissen angehen. Das Hauptaugenmerk der Aktion liegt auf den Haftbedingungen dreier Mitglieder der nationalen Führung der MRTA. Victor Polay Campos, Peter Cardenas Schulte und Miguel Rincon Rincon müssen auf der Militärbasis von Callao in totaler Isolation voneinander und der Außenwelt ihr Dasein fristen. Die Drei sind in winzigen unterirdischen Zellen in acht Meter Tiefe regelrecht eingekerkert. Ohne Tageslicht, ohne die Möglichkeit zu lesen, zu studieren, zu arbeiten oder sich sonstwie kreativ zu betätigen, werden Polay, Schulte und Rincon seit sieben bzw. eineinhalb Jahren gefangen gehalten. Nur einmal pro Monat wird ihnen eine halbstündige Besuchszeit eingeräumt. „Die Gefangenen werden so jeder menschlichen Beziehung und alledem beraubt, was für das Menschsein von fundermentaler Bedeutung ist. Derartige Haftbedingungen sind unmenschlich und gelten international als eine Form der Folter“ schreibt die Autonome Antifa [M] in einer Solidaritätserklärung. Die Gruppe ruft darin zur Unterstützung der Gefangenen der MRTA auf. Dem Hungerstreik der drei Gefangenen auf der Militärbasis von Callao schlossen sich auch die MRTA-Gefangenen im Hochsicherheitsgefängnis Yanamayo in der Andenregion an. Die Ausweitung des Hungerstreikes sorgte für großes Aufsehen, so dass sich Präsident Fujimori genötigt sah, dem Gefängnis einen Besuch abzustatten. Fujimori nutzte den Besuch auch dazu, von den skandalösen Haftbedingungen abzulenken, was die Gefangenen in Yanamayo veranlasste ihren Hungerstreik vorerst abubrechen. Nicht zuletzt von internationalem Druck wird es abhängen, dem Regime in Lima ernsthafte Zugeständnisse abzutrotzen, um die Situation der Gefangenen